

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M. im voraus jährlich. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifen bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, das russische Grenzgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. 1. Post für Deutschland u. Österreich-Ungarn 10 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 56b.

Die achtspaltige Konversationszettel über jeden Raum kostet 2.- M. einschließlich Zustellung. Kleine Anzeigen: Das jetzige Heft Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Zustellung. Kontingente Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das jetzige Heft Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine Warnung an die Reaktion

Große Trauerkundgebung in München / 80 000 Teilnehmer / Der Aufmarsch der Berliner Arbeiter

Die Ehrung des Toten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 13. Juni.

Die für Montag vormittag angeordneten sieben öffentlichen Versammlungen sind von der Polizei verboten worden, ebenso der geplante Trauerzug. Das Verbot wurde am Sonntag durch große Plakate von Schutzpolizei und Zeitfreiwilligen in allen Stadtteilen angeklebt. Die Polizei war beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die verbotenen Veranstaltungen zu unterdrücken. Die Streikleitung war gestern abend noch beim Polizeipräsidenten Poehner vorstellig, um die Zurücknahme des Verbotes durchzusetzen. Die zweistündige Unterredung verlief ergebnislos.

Die Zugänge zur Theresienwiese, auf der der Trauerzug aufgestellt werden sollte, waren mit Stacheldraht abgesperrt. Nachmittags um drei Uhr setzte sich trotz des Verbotes der Trauerzug in Bewegung. Aus allen Stadtteilen strömten die Genossen der USF., der SPD. und der KPD. mit roten Fahnen nach der inneren Stadt, um sich auf dem Wege zum Friedhof zu einem ungeheuer machtvollen Zuge zu vereinigen. Verschiedene kleine Gruppen wurden von der Sipo auseinandergetrieben, fanden sich aber später wieder zusammen und konnten sich dem großen Zuge anschließen, der sich während des Marsches bildete. Die Polizei hatte ein ungeheures Aufgebot von Sipomannschaften mit Maschinengewehren, Panzerautos usw. in Bereitschaft, die in großer Nervosität in den Autos von einer Ecke der Stadt zum anderen rasten. Der Zug, der wohl 70 000-80 000 Menschen mit einer großen Anzahl roter Fahnen umfaßte, kam aber ohne Zwischenfälle zum Friedhof. Dort fand um 5 Uhr eine imposante Trauerkundgebung statt, an der die Redner der verschiedenen Abordnungen, die zur Beisehung des Genossen Gareis nach München gekommen waren, sprachen.

Als erster Redner sprach Genosse Dr. Hierl, ein Freund des Ermordeten, der die Person Gareis von rein menschlichen Gesichtspunkten aus würdigte. Als zweiter Redner sprach Genosse Erwin Neumann (Nürnberg) im Auftrag der Landtagsfraktion und geistelte die wahren Schuldigen an der Ermordung des Genossen Gareis. Als dritter Redner sprach Genosse Ledebour im Namen des Zentralkomitees der USF. und verstand es, in flammenden Worten die Riesenversammlung auf dem Friedhof zu erschüttern. Eine große Anzahl von Kranzdeputationen war erschienen. Die Arbeitergesangsvereine gaben mit ihren Gesangsvorträgen der Feier einen würdigen Abschluß.

Nach Abschluß der Trauerfeierlichkeiten bildeten sich Züge, die auf zwei verschiedenen Wegen dem Innern der Stadt austreihen. Als die Züge an die Jar-Brücken kamen, die sämtlich von starken Sipo-Aufgeboten besetzt waren, ließen sie sich durch die drohende Haltung der Sipo nicht provozieren. Sie schwenkten feillich unter Abhängen der Internationale und des Sozialistenmarsches ab. Die Brücken waren mit einigen Kompanien Sipo, die zum Teil die Bajonette aufgespielt hatten und mit Handgranaten, Maschinengewehren, Maschinengewehren und Panzerautos ausgerüstet waren, gesichert. Bis jetzt sind keinerlei Zwischenfälle gemeldet.

Der Generalstreik nimmt heute nacht 12 Uhr seinen Abschluß. Der Streik ist am letzten Streiftage nicht abgeklaut, sondern hat gerade erst heute seinen Höhepunkt erreicht. Alle gegenteiligen Meldungen der bürgerlichen Telegraphenagenturen sind unwahr. Das Münchner Proletariat hat die Bewegung in musterhafter Ordnung und Disziplin durchgeführt und damit den Beweis erbracht, daß auch die schärfsten provokatorischen Maßnahmen die Arbeiter nicht dazu bewegen können, sich vor die Maschinengewehre der Drogen zu stellen. Die Münchener „Post“, das Organ der Rechtssozialisten, ist heute erschienen. Die U. S. P., deren Organ verboten ist, brachte ein kleines Mitteilungsblatt heraus, das, nachdem es zuerst beschlagnahmt war, wieder freigegeben werden mußte. In Zingold fand eine imposante Kundgebung der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften statt, bei der die bereits bekannten Streikforderungen der U. S. P. einstimmig angenommen wurden.

Die Münchener „Post“ schreibt heute in ihrem Leitartikel: Die Diktatur der deutsch-nationalen Militärs ist im Anzuge. Die bürgerlichen Freiheiten sind in Gefahr. Um diese Freiheiten ist der jetzige Kampf entbrannt. Alles, was im Bürgertum demokratisch und sozial denkt, muß sich vor Augen halten, daß die jetzige Aktion der arbeitenden Klassen der Niederschlagung des alten mili-

tärischen Geistes, dem Aufbau des demokratischen Staates gilt.

Am Sonntag vormittag hatte sich das Münchener Bourgeois-Publikum — Studenten, Offiziere usw. — vor der Feldherrnhalle versammelt, um dort den Vorkorträgen der Reichswehr zuzuhören. Nach 12 Uhr zog die Wache mit Sturmhelmen und mit klingendem Spiel demonstrierte über den Museumsplatz zum Kriegsministerium. In einer Gruppe von Studenten wurden Unterhaltungen über die Mordtat an Gareis geführt. Einer der jungen Herren äußerte dabei: „Es ist fraglich, ob er (der Täter) diesmal ins Ausland kommt.“ Die Münchener „Post“ bemerkt dazu: „Für die Polizei dürfte die Bemerkung nicht ganz ohne Belang sein. Die Schlussfolgerung aus dieser Äußerung zu ziehen, wird ja der geschickten politischen Polizei des Herrn Poehner nicht schwer fallen.“

Der Straßenbahnbetrieb in München, der am Sonntag in beschränktem Umfang von Gelben und von der Technischen Reichsanstalt erhalten wurde, wurde auf Beschluß des Stadtrates heute nachmittags von 3-7 Uhr vollständig eingestellt. Die Buchdrucker werden eine Abordnung zur bayerischen Regierung schicken, worin sie fordern: rückhaltloses Vorgehen gegen die bürgerliche Presse, Sicherheit der Person und Freigabe der sozialistischen Presse. Lehnt die Regierung diese Forderung ab, dann behalten sich die Buchdrucker vor, neuerdings Beschlüsse zu fassen, um eventuell den Streik in den bürgerlichen Zeitungsbetrieben weiter zu führen, bis die sozialistische Presse wieder freigegeben wird.

Der „Kampf“ ist noch immer verboten.

In der Berliner Presse wird eine Meldung verbreitet, Genosse Gareis habe im „Tempo“ einen Artikel über die Einwohnerwehren mit genau detaillierten Angaben geschrieben. Diese Behauptung ist eine glatte Erfindung und eine böswillige Verleumdung. Genosse Gareis hat niemals einen Artikel geschrieben, ohne ihn mit Namen zu zeichnen. Außerdem hat er nie für ein ausländisches Blatt geschrieben. Wenn seine Angaben über die Bewaffnung der Einwohnerwehr in der ausländischen Presse Platz gefunden haben, so sind diese Angaben im bairischen Landtag vor aller Öffentlichkeit gemacht worden, und nicht Genosse Gareis, sondern die Einwohnerwehr ist dafür verantwortlich, wenn das Ausland die Angaben ausgeschlachtet haben sollte.

Der offizielle Bericht

München, 13. Juni.

Unter überaus starker Beteiligung der Münchener Arbeiterschaft fand heute nachmittags 5 Uhr die Beisehung des ermordeten Abgeordneten Gareis auf dem Friedhof statt. Sie ist ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Im Namen der Reichsleitung der U. S. P. sprach Reichstagsabgeordneter Ledebour (Berlin), der die sozialistischen Toten, von Jaures angefangen, bis Gareis anzählte und zum Schluß aufforderte, in die Fußstapfen der Ermordeten einzutreten, um die sozialistische Idee zu verwirklichen. Reichstagsabgeordneter Unterleitner widmete Kranz und Räucher für die U. S. P. des preussischen und des bayerischen Landtages und übermittelte gleichzeitig die Beileidskundgebungen der französischen und der österreichischen Sozialisten sowie der sozialistischen Parteien von Württemberg, Baden und Sachsen. Nach einem Schlußgefang war die Feier beendet. Es formierten sich die Züge, um in die Stadt zurückzukehren. Die Narbrücken waren von der Landespolsizei mit Panzerautos und Drahtvorhauen versperrt, so daß sich die Züge verteilen mußten. In besonderen Zwischenfällen ist es auch hier nicht gekommen.

Mörderchug!

München, 13. Juni.

Amtlich wird mitgeteilt: Die auswärtige Presse und namentlich die Berliner linksradikalen Zeitungen sind voll von falschen Nachrichten mit tendenziösen Darstellungen der Lage in Bayern. Demgegenüber sei tatsächl. festgestellt, daß über die Person des Mörders von Gareis trotz der eifrigsten Bemühungen der Polizei noch gar nichts festgestellt ist. Es gibt keinerlei Beweise dafür, daß der Mörder in der Person eines Fanatikers der Rechten zu suchen sei. Die politische Ausmünzung des Verbrechens ist deshalb gleichermäßen unwürdig und gewissenlos.

Das die bairische Regierung durch die Feststellungen in der Berliner Presse in eine recht unangenehme Lage gebracht worden ist, ist verständlich. Es nützt aber nichts, wenn die Regierung behauptet, die Nachrichten über die Zustände in Bayern seien falsch. Denn es liegt eine lange

Kette von Beweisen dafür vor, daß die bairische Regierung die Propaganda des politischen Mordes monatelang stillschweigend geduldet hat und dadurch mitverantwortlich geworden ist an dem Verbrechen. Die Tatsache, daß die Regierung Kahr auch jetzt noch nichts unternimmt, um die Spuren des Verbrechens aufzudecken, vergrößert ihre Schuld. Wenn sie gar noch behauptet, es gäbe keinerlei Beweise dafür, daß „der Mörder in der Person eines Fanatikers der Rechten zu suchen sei“, so steht gerade diese Behauptung sehr stark nach amtlichem Mörderchug aus und liefert einen neuen Beweis dafür, wie notwendig es ist, die Regierung Kahr zu beseitigen.

Die Demonstration des Berliner Proletariats

Das Berliner Proletariat hat in einem wichtigen Aufmarsch der Reaktion gezeigt, daß es bereit und willens ist, den Anschlägen der Nationalisten und Militaristen zu trotzen. Obwohl die Demonstration durch das ungünstige Wetter beeinträchtigt war, strömten schon nach vier Uhr aus allen Teilen der Stadt lange Züge mit roten Fahnen und Emblemen nach dem Schlossplatz. Weithin leuchteten die roten Fahnen und Banner. Tafeln mit Inschriften verlangten die Einigung aller Proletarier gegen die Reaktion. Der Schlossplatz bot nicht genügend Raum, um die Demonstration aufzunehmen. Bald war auch die Schlossfreiheit besetzt, und auch im Lustgarten hatten verschiedene Züge Aufstellung genommen. Hochrufe auf die Revolution, Kampfrufe gegen die Reaktion wurden ausgestoßen und von der Masse begeistert aufgenommen. Die „Internationale“ und andere Arbeiterlieder erklangen aus der Menge. Kurz nach 5 Uhr begannen die Ansprachen. Von unserer Partei sprachen die Genossen Crispian, Dikmann, Berger, Umer, Jürgensen, Eckardt, die Genossin Wurm u. a. Alle Redner hoben hervor, daß die Saat aus dem vielen Blute, welches für die Revolution gestossen sei, aufgehen müsse, und daß die Einigkeit des revolutionären Proletariats das Ziel aller sozialistischen Parteien werden müsse. Genosse Dikmann, der vom Begasbrunnen aus sprach und besonders stark die Notwendigkeit der Einigung betonte, fand damit stürmischen Beifall, obwohl gerade rings um ihn die Kommunisten, die sich der Demonstration angeschlossen hatten, sehr stark vertreten waren.

Die Demonstration galt nicht nur dem Andenken des Genossen Gareis. Sie war eine Warnung an die bairische und darüber hinaus an die gesamte deutsche Reaktion. Das Proletariat, wohl in sich gespalten, hat gerade durch diese Kundgebung bewiesen, daß es in der Stunde der Gefahr, allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz, zusammensteht und den Kampf aufnehmen wird gegen seine Feinde.

Die Demonstration verlief in vollster Ordnung. Die bereitgestellte Sicherheitspolizei fand keine Arbeit. Nachdem die Massen auseinandergegangen waren, kamen noch Demonstrationen der Rechtssozialisten an, die sich in den Sälen versammelt hatten, und dann nach dem Lustgarten zogen, wo noch Ansprachen gehalten wurden. Wir geben nachfolgend die Rede des Genossen Crispian wieder, der etwa ausführte:

Am dieselbe Zeit, wo wir uns zur Demonstration versammelt haben, wird in München einer der besten Vorkämpfer des Proletariats, Genosse Gareis, zu Grabe getragen. In ihm verliert die Arbeiterschaft einen der selbstlosesten und kühnsten Kämpfer um die Befreiung der Menschheit von jeglicher Unterdrückung und Gewalt. Wenn wir die vielen Akte des reaktionären Terrors überschauen, dann können wir nicht mehr nur an die einzelnen Attentate denken, sondern dann enthält sich hier das ganze System eines Mordregiments. In diesem besonderen Fall, in dem unser Genosse Gareis das Opfer eines Mörders geworden ist, ist die bairische Regierung Kahr verantwortlich. Aber es gibt in Bayern reaktionäre Kreise, die selbst noch die Kahrregierung übertrumpfen möchten. So möchten der deutsch-nationalen Oberst Engländer und Eiche am liebsten sogar die Kahrregierung kürzen, und dann die nackte

Diktatur deutsch-nationaler Militaristen

proklamieren. Die Frage der Entlassung ist für Deutschland die Frage der Entlassung der Konterrevolution. Durch die Annahme des Militarismus und des ernsten Bestrebens, der gegenwärtigen Reichsregierung die Entlassung des militaristischen Deutschlands durchzuführen, hat sich das deutsche Volk im Ausland, insbesondere bei den werktätigen Massen, neue Sympathien erworben. Die Arbeiter Frankreichs und Englands und selbst demokratische Schichten der Bevölkerung jener Länder beginnen wieder, dem deutschen Proletariat darin zu verhelfen, daß es entschlossen ist, die alten Mächte der Monarchie nicht zum Sieg kommen zu lassen. Die bairische Diktatur wurde mit Fähigkeit gezwungen, Schritt für Schritt zurück-

zumeilen. Die Entwaffnung sowie die Auflösung der Orgeß und der Einwohnerwehren ist eingeleitet. Und noch im Ver-
schwinden erkrankt der bairische Orgeß in dem Mörder unleser
Genossen Gareis ein Rächer. Denn gerade Genosse Gareis hat
mit großer Leidenschaftlichkeit und mit rastloser Energie den
Kampf gegen die Orgeß geführt.

Wie stark die Reaktion in Bayern bewaffnet ist, darüber per-
sücht man die Öffentlichkeit geistlich zu täuschen. Am
Februar schrieb die „Kreuzzeitung“ von 400 000 Gewehren, die
sich in den Händen der Orgeß und der Einwohnerwehren in
Bayern befinden sollten. Später erklärte ein Vertreter der bay-
rischen Regierung im Landtag, daß es sich um etwa 200 000 Ge-
wehre handele. Neuerdings möchte der deutschnationalen Oberst
Fylander der Welt glauben machen, daß die Orgeß nur etwa
50 000 Gewehre habe. Aus der „Innsbrucker Volkszeitung“ er-
fahren wir, daß bis jetzt schon nicht weniger als 112 000 Gewehre
und 1200 Maschinengewehre nach Tirol verschoben worden sind.
München ist ein Hauptzentrum der internationalen Konter-
revolution. Dort sammeln sich alle Vertreter der alten Mächte,
wie Ludendorff und andere. Von München aus soll Deutschland
für die Monarchie erobert werden. Von München aus spinnen
sich reaktionäre Fäden nach Österreich-Ungarn, nach der Tscheko-
Slowakei. Als die Rapp-Lüttwische sich in Berlin festgesetzt
halten, wurden sie durch die Massenaktion der Arbeiter, Angestell-
ten und Beamten gestürzt. Auch das Berliner Proletariat hat
damals in einem politischen Massenstreik von beispielloser Wucht
und Ausdehnung heldenmütig gekämpft. In München hat sich
leider die Kahr-Regierung festzusetzen vermocht. Das bairische
Proletariat war in jener Zeit durch verschiedene Unter-
nehmungen, die weit über das Erreichbare hinausgetrieben
wurden, geschwächt worden. So war es nicht möglich, auch
das Kahr-Regiment sofort zu beseitigen. Die Reaktion in
Bayern rüht sich auf die rohe Gewalt. Als Sozialisten und er-
fahrene Klassenkämpfer wissen wir, daß die Gewalt auch im Be-
freiungskampf der Arbeiterschaft, je nach den Umständen, eine
Rolle spielt. Wir wissen, daß die Gewalt als Geburtshelferin
für eine neue Gesellschaft in Betracht kommt. Aber die Gewalt
darf nur eine Dienerin der wirtschaftlichen Notwendigkeiten sein.
Sie muß vom Geist der Ueberlegung und Planmäßigkeit beherrscht
und geführt werden. Wir müssen den Mut haben, es auch in
diesem Augenblick, wo unser Genosse Gareis durch Mordhand
gefallen ist, laut auszusprechen, daß

finstere Gewalt und einzelne Gewalttäter keine Mittel des Klassenkampfes sein können.

Wir wollen nie verkennen, daß die Gewalt nur als ein Mittel
des Uebergangs in Betracht kommt, denn über alle Gewalt hin-
aus erstreckt der Sozialismus die Entwaffnung der
Menschheit, die Befreiung der Menschheit von jeglicher Ge-
walt und Unterdrückung. Denn das große Ziel: der Sozialis-
mus ist das friedliche Zusammenarbeiten aller Menschen für die
Kultur.

In Bayern muß der Mord an unserem Genossen Gareis die
Einleitung zu einem Kampf sein, durch den die Kahr-Regierung
fertiggesetzt wird. Wichtig ist, daß jede bürgerliche Regierung ein
kapitalistisches Herrschaftsorgan ist, und bekämpft
werden muß. Eine Koalitionsregierung ist nur eine mildere
Form der kapitalistischen Regierung. Und doch dürfen wir nicht
graduelle Unterschiede der einzelnen Regierungssysteme übersehen.
Wenn es nach dem Willen der Deutschnationalen gegangen wäre,
dann hätten wir auch im Reich an Stelle der Regierung Wirth
eine Regierung Kahr gehabt. Die Kampfbedingungen für das
Proletariat sind aber günstiger, wenn die Massenpropaganda sich
ungehindert entfalten kann, und wenn nicht eine eiserne terro-
ristische Diktatur jede Aktivität der Massen von vornherein fast
gänzlich erstift. Darum muß es unsere Aufgabe sein, in jeder
Situation und gegenüber jeder Regierung kritisch zu prüfen,
wie wir zu möglichst günstigen Kampfbedingungen für das
Proletariat gelangen. Die Beseitigung des reaktionären Mord-
regiments in Bayern ist zunächst und unmittelbar die Aufgabe
des bairischen Proletariats. Daraus folgt aber für die Arbeiter
in ganz Deutschland die Verpflichtung, den Kampf des bairischen
Proletariats nach Kräften zu unterstützen und ihn auszuweiten
zu einem Kampf des gesamten Proletariats gegen die nationale
und die internationale Reaktion. Die heutige Kundgebung der
Berliner Arbeiter, Angestellten und Beamten ist eine Anerken-
nung und Ehrung unseres gemordeten Genossen. Sie ist weiter
eine Kampfanzeige an die Bourgeoisie.

Sie dient der Stärkung und Kräftigung der eigenen Reihen, und
sie ist endlich die Befreiung der Arbeiterschaft des Proletariats
für weitere und immer wachsende Aktionen. Schon in den näch-
sten Tagen werden wir auch im Reichstag die Regierung
und alle Parteien zwingen, klar Stellung zu nehmen. Wir
wollen uns darüber klar sein, daß wir noch schwere Kämpfe vor
uns haben. Gewiß, die wirtschaftliche Not und bestimmte poli-
tische Vorgänge haben manche Schichten des Proletariats ins
Lager der Indifferenten getrieben. Leider sogar darüber hinaus
ins Lager der Arbeiterfeinde. Gelbe und bürgerliche Organi-
sationen suchen Arbeiter einzufangen und sie mit einer immer
stärkeren feindseligen Gesinnung gegen ihre Klassenbrüder zu er-
füllen. In den Betrieben, wo die Männer und Frauen des
kämpfenden Proletariats mit den Arbeitern und Arbeiterinnen
aller Richtungen und aller Gesinnungen zusammenkommen, muß
eine unermüdete Aufklärungsarbeit getrieben werden. Es darf
keine entmutigten, verzweifelten und absteigenden Arbeiter
geben. Nicht nachlassen, bis alle Männer und Frauen sich in
Reich und Glied gestellt haben!

Wir dürfen keine Zeit verlieren, um die Bereitschaft des Pro-
letariats herbeizuführen und seine Aktionskraft im vollsten Um-
fange wieder herzustellen. Große Kämpfe erwarten uns. Sie
werden siegreich für das Proletariat enden. Und die große Soli-
darität aller Männer und Frauen des Proletariats wird nie
zugrunde gehen, sie wird sich liegend gegen alle Gewalten durch-
setzen. Uns schrecken nicht Mord und Missetat. Die Massen
müssen sich nicht hinter ihre Führer stellen, damit die Vor-
kämpfer nicht schuldig dem reaktionären Terror zum Opfer
fallen. Wenn Führer und Massen im Gleichschritt marschieren,
dann sinken alle Mächte der Unterdrückung in den Staub.

Die Demonstration in Spandau

Nachmittag um 1/2 5 Uhr demonstrieren in Spandau ungezählte
Massen. Leider war es nicht möglich, in der Kürze der Zeit
auch die Arbeiter der Reichswerke zu der Demonstration
hinzuzuziehen. Vertreter aller drei sozialistischen Parteien richteten
hinzuweisende Worte an das Proletariat. Für die U.S.P.D.
sprach Genosse Dressel, für die S.P.D. Genosse Mün-
linger, für die K.P.D. Liedfeld. Die Ausführungen des
Genossen Dressel wurden von allen Rednern unterstrichen, und
die Forderungen der bairischen Arbeiter von der
Spandauer Arbeiterschaft als dringend notwendig zur Befreiung
von den finsternen Mächten der Reaktion anerkannt.

Die Demonstration der S.P.D.

Die S.P.D. hatte ihre Anhänger in fünf großen Berliner Sälen
versammelt. Die Teilnehmer zogen nach Schluß der Versamm-
lungen in Demonstrationszügen nach dem Lustgarten, wo die
Kundgebung der U.S.P.D. und der K.P.D. inzwischen beendet war.
In den Kammerzälen referierte der frühere Presschef der
Reichskanzlei, Robert Breuer. Er wandte sich besonders
scharf gegen die Regierung Kahr, die selbst am Tage der Bei-
setzung des ruchlos Ermordeten das Proletariat durch ihre Pan-
genreiter niederzuhalten versuche. Die Mehrheitssozialdemo-
kratie werde nie vergessen, daß Gareis ein Sozialist war und
werde deshalb den Toten zu ihren Märtyrern rechnen und keinen
Tod zu rächen versuchen. Der Tod des unabhängigen Abgeord-
neten zeige, daß die Einheitsfront der Reaktion selber
denn je stehe, und Bayern sei der Hort der finsternen
Reaktionäre, der Kahr und Ludendorff. Die Sozialdemokratie
werde ihre ganze Kraft einsetzen, um die Whalung der Reaktion
zu zerhackern. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volks-

partei sei unmöglich. Gradnauer möge sich sagen, daß die Mehr-
heitssozialdemokratie niemanden brauchen wolle, der mit der
Rechten sympathisiere. Notwendig sei die Einigung der sozialisti-
schen Parteien, um den drohenden Schlag der Reaktion aufzu-
fangen. In Preußen müsse das Regiment des gottgetragenen
Herrn Stegerwald gebrochen werden, wie die Dickschädeligkeit der
Reaktionäre in Bayern.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:
„Die Verammlung fordert Ermittlung und Bestrafung des
Mörders, schärfste Bestrafung aller Aufforderungen zu Ge-
walt und Mord, sofortige Aufhebung des Ausnahme-
zustandes in Bayern, sofortige und restlose Auflösung
aller reaktionären Kampforganisationen.“

Zweierlei Maß

Der Reichsrat hat kürzlich auf die Beschwerde des Halle-
schen deutschnationalen Blattes entschieden, daß das von
Höring verhängte Verbot unberechtigt sei. Er hat es in-
folgedessen aufgehoben. Zu dieser Entscheidung hat er da-
mals nur wenige Tage gebraucht. Die Beschwerde, die das
kommunistische Blatt „Der Klassenkampf“ gegen sein Verbot
eingereicht hat, gelangte aber nicht nur erst nach Wochen zur
Verhandlung, sondern wurde auch abgelehnt. Da das Ver-
bot begründet sei. Weiter heißt es in der Begründung:
„Der „Klassenkampf“ hat für Strafs zur Bekämpfung des
angedeuteten weichen Terrors agitiert. Der Titel „Klassenkampf“
ist schon selbst verkehrt. Das Verbot des „Klassenkampf“ durch
den Regierungskommissar muß an sich als berechtigt anerkannt
werden. Die Aufhebung des Verbotes des „Klassenkampf“
säme, solange der Ausnahmezustand besteht, nicht
in Betracht. Denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das
Blatt auch in Zukunft nicht unterlassen würde, der Bevölkerung
aufhebende Artikel zu bringen, die geeignet sind, die öffentliche
Ruhe und Ordnung zu stören. Dem Antrag auf Wiederaufhebung
des „Klassenkampf“ konnte nicht entsprochen werden.“

Wenn die hohen Herrschaften des Reichsrats die Absicht
gehabt hätten, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie bewußt
zweierlei Maß in der Anwendung des Rechts kennen, so
würde man ihnen neidlos zugeben müssen, daß sie dieses Ziel
erreicht haben. Diese Entscheidung des Reichsrats aber zeigt
auch erneut, daß die Aufrechterhaltung des Belagerungs-
zustandes keine Sicherung von Ruhe und Ordnung, sondern
gerade ihre Gefährdung bedeutet. Denn die Begrün-
dung des Reichsrats zur Aufrechterhaltung des Verbots, die
in ihr enthaltene trodelhafte Unkenntnis vom
Weesen des Klassenkampfes ist ja geradezu darauf angelegt,
Haß und Erbitterung aufs äußerste zu steigern. Es ist des-
halb endlich an der Zeit, daß die sozialistischen oder demo-
kratischen Regierungen in den Einzelstaaten dafür sorgen,
daß die greisenhaften Mumien im Reichsrat durch Leute er-
setzt werden, die imstande sind, auch die Tragweite ihrer
Handlungen zu überblicken und modernen Zeitströmungen
Verständnis entgegenzubringen.

Die Aufrechterhaltung des Verbots zeigt aber auch im
übrigen deutlich die Sinnlosigkeit und die Gefähr-
lichkeit des Ausnahmezustandes. Unter ernsthaften
Menschen kann doch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß
der Ausnahmezustand nur den einen „Erfolg“ gehabt hat,
die Größe des kommunistischen Zusammenbruchs in Mittel-
deutschland zu verkleinern. Die Anhänger des Ausnahme-
zustandes sind also die besten Bundesgenossen der Kommu-
nisten.

Das Lager Silow

Im Auftrag der Interalliierten Kommission ist, wie uns mit-
geteilt wird, dieser Tage eine Kommission unter Führung des
französischen Kapitäns Marshall nach dem Lager Silow bei Kott-
bus gefahren, um an Ort und Stelle Feststellungen über die dort
internierten Oberschlesier zu machen.

Entgegen den Meldungen des Wollschien Telegraphenbureaus
hat diese Kommission, die begleitet war von einem deutschen Ver-
treter des Auswärtigen Amtes, Konrad Wilde, festgestellt, daß
1200 Oberschlesier sich in diesem Lager befinden. Davon sind erst
200 entlassen worden. Am Sonnabend waren noch 963 im Lager
anwesend. Es kommen täglich neue hinzu. Nur 150 von diesen
963 sind mit der Waffe in der Hand festgenommen worden. Von
den anderen erklärt man, daß man sie zu ihrer eigenen Sicher-
heit in Schutzhaft genommen hat. Die Inhaftierten er-
heben dagegen schärfsten Protest und behaupten, daß sie
gegen ihren Willen festgehalten werden. Unter
dort Internierten befinden sich 32 Frauen mit ihren Kin-
dern, sowie mehrere Greise über 70 Jahre. Letztere be-
schweren sich besonders darüber, daß sie auf dem Transport nach
dem Lager mißhandelt worden seien.

Nach unseren Feststellungen befinden sich unter den Inter-
nierten auch viele Reichsdeutsche, die mit dem polnischen
Putsch absolut nichts zu tun hatten. Sie sind auf Grund
deutschnationaler Denunziationen durch die
Orgeß verhaftet worden. Unter ihnen befinden sich auch
viele unabhängige und rechtssozialistische Ar-
beiter, deren ganze Schuld ihr politisches Glau-
bensbekenntnis ist. Auf Befehl der ober-schlesischen
Juncker und Industriemänner sollte die Orgeß auch die ober-
schlesische Arbeiterbewegung lahmlegen. Das war der Haupt-
grund ihres Vorgehens.

Schuld an den Zuständen im Lager Silow ist der preu-
ßische Minister des Innern, Herr Dominicus. Er ist vor
allem verantwortlich dafür, daß die grundlos Verhafteten
immer noch nicht auf freien Fuß gesetzt worden sind. Herr
Dominicus, seines Zeichens ein Demokrat, wird von der
deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen nicht gerne
in der preußischen Regierung gesehen. Um sich die fehlende
Guns zu erobern, weitefert er mit Herrn Stegerwald und
ist bestrebt, es diesem Vorkämpfer der Reaktion gleichzutun.

Durch die Wirksamkeit dieses Herrn Dominicus läuft
Deutschland Gefahr, tausende überzeugte An-
hänger an Polen zu verlieren. Die Erregung ist
unter den ober-schlesischen Arbeitern sehr stark angewachsen.
Herr Dominicus wird daher gezwungen werden müssen,
die verhafteten Arbeiter aus den Klauen der Orgeß frei-
zulassen.

Die Reform des Strafrechts

Der Reichsminister der Justiz beabsichtigt mit möglicher Be-
schleunigung den Entwurf zu einem deutschen Strafrechtbuch in
engem Anschluß an den kürzlich veröffentlichten Entwurf von 1919
festzustellen. Um dabei die Wünsche der Länder berücksichtigen zu
können, hat er sie gebeten, sobald in eine Prüfung des Entwurfs
von 1919 einzutreten und etwaige Abänderungswünsche bis zum
1. Oktober 1921 ihm zu geben zu lassen. Wie die V. V. R. von
zuständiger Stelle hören, hat der preußische Justizminister Dr.
Am Jahnhoff infolgedessen eine Verfügung erlassen, in der es
heißt, daß er unter vielen Umständen davon absieht, von den
Justizbehörden und den Anwaltschaften allgemeine Berichte über
den Entwurf zu fordern. Bei der hohen Bedeutung, die dem
Gesetzeswerke für die weitere Entwicklung der deutschen Straf-

rechtspflege zukommt, würde der Minister es aber mit Dank be-
grüßen, wenn ihn aus den Kreisen der mit der Strafrechtspflege
und dem Strafprozeß betrauten Justizbeamten und der Rechts-
anwaltschaft trotz der Kürze der verfügbaren Zeit gutachtliche
Ausführungen zur Verbesserung des Entwurfs zügingen. Der
Minister gibt daher allen beteiligten Stellen, die solche Ausfüh-
rungen zu erlangen geneigt sind, anheim, ihm ihre Vorschläge
möglichst in der Gesschessprache formuliert und in zwei mit der
Schreibmaschine einseitig geschriebenen Stücken — bis zum
15. August 1921 einzureichen. Die Beigabe einer kurzen Begrün-
dung in einer besonderen Anlage ist erwünscht.

Die Ordnungsaktion in Oberschlesien Die deutschen Bedingungen

Zu der von der Interalliierten Kommission in Oberschlesien
begonnenen Ordnungsaktion, die vorläufig eine Zurückziehung der
Kräfte des deutschen Selbstschutzes und der ausländischen Polen
auf bestimmte Linien und die Errichtung einer neutralen Zone be-
absichtigt, erläßt der Wölferauschuh der deutschen Partei-
eien in Oberschlesien folgende Bedingungen:

1. Eine Räumung des von dem Selbstschutz besetzten Gebietes
kommt nicht in Frage.
2. Wenn der Aufstand restlos und wirksam niedergeschlagen ist,
wenn Leben und Eigentum der ober-schlesischen Bevölkerung sicher-
gestellt und der alte Rechtszustand wiederhergestellt ist, hat den
Selbstschutz seinen Zweck erfüllt und löst sich auf.
3. Wir erachten diese Zukunft als gekommen, wenn folgende
Bedingungen erfüllt sind: a) tatsächliche Entwaffnung der In-
surgenten und Entferrnung der landstremenden Truppen und Banden
aus Oberschlesien; b) eine wirksame und lückenlose Sperrung
der Grenze gegen Polen; c) Errichtung einer zentral geleiteten
Polizeitruppe, die nur aus Leuten besteht, die ihrer Ver-
sittlichkeit und ihrem Vorleben nach geeignet sind und sich in keiner
Weise weder mittelbar noch unmittelbar an der polnischen In-
surrektion beteiligt haben; Grenzabwehren müssen abgelehnt
werden; d) Einleitung von Strafverfahren; gegen die am Auf-
stand Schuldigen keine Amnestie; e) Beseitigung aller von den In-
surgenten gegründeten Institutionen, insbesondere auf dem Ge-
biet der Verwaltung; f) ausreichender militärischer Schutz der
industriellen Werke, um Arbeitswillige vor Terror zu bewahren.
4. Der vom Aufstand schwer betroffenen ober-schlesischen Bevöl-
kerung ist durch Einsetzen geeigneter Instanzen die Möglichkeit zu
gewähren, sich von der Erfüllung obiger Bedingungen zu
überzeugen.

Ein deutscher Kriegsbericht

Oppeln, 13. Juni.

Amlich wird gemeldet: Im Nordabschnitt griff der Segner
verächtlich mit starken Kräften an, ohne sich an das von Seiten
des Selbstschutzes im vollen Umfange besetzte Abkommen über die
beiderseitige Linie zu halten. Das von General Henniker
zugelegte Eingreifen englischer Truppen bei polnischen Offensiv-
maßnahmen ist trotz mehrmaliger Benachrichtigung durch den
Selbstschutz noch nicht erfolgt. Die Polen besetzten nach Kampf
mit der Wp. Wyszota. Nachdem gestern zwischen Wadow und
Wadowitz mit starken polnischen Kräften ein Angriff gecheitert
war, räumten heute die Abteilungen des Selbstschutzes Wadowitz
vereinbarungsgemäß und gingen aus Wadowitz zurück, während
die Insurgenten sich entgegen dem Abkommen in Wadowitz
festsetzten. Gestern scheiterte ein heftiger polnischer An-
griff auf Wostan, das im Gegenstoß vom Selbstschutz behauptet
wurde. Nach heftigen polnischen Vorstößen zwischen Zembowitz
und Prustau, welche abgewiesen wurden, besetzten die Insurgenten
die von ihnen vereinbarungsgemäß geräumten Ortschaften
Slemowitz, Frei-Pila und Frei-Radlub wieder und hoben
Schützengräben aus. Zembowitz ist durch die wiederholten
Kämpfe sehr beschädigt. Nördlich Groh-Strechlich sind erneut
stärkere Insurgententräfte festgesetzt, die sich in keiner Weise an
das getroffene Abkommen halten. Neben je einem Zug Eng-
länder und Franzosen befinden sich in Wrama zwei Kom-
pagnien Polen. Nachdem gestern in der Nacht und heute im
ganzen Abschnitt Ratibor lebhaft geschossen worden war,
gingen heute gegen Abend auf ein Ultimatum des Generals
Gratler die Insurgenten gegenüber Ratibor zurück.

Diplomatischer Zwischenfall in Warschau

London, 13. Juni.

„Daily Express“ meldet aus Warschau, daß infolge der zeit-
weiligen Zurückhaltung eines Angestellten des britischen Pab-
bureaus durch die polnischen Behörden der britische Gesandte eine
Entschuldigung von der polnischen Regierung gefordert hat.
Ministerpräsident Witos brühte sein anständiges Bedauern über
den Zwischenfall aus. Der britische Gesandte bestand auch darauf,
daß sich der für den Vorfall verantwortliche Präsident
des polnischen Kriegsgerichts innerhalb kurzer
Zeit entschuldige. Wenn diese Entschuldigung nicht er-
folge, werde der britische Gesandte seine Pässe fordern.

Das Urteil auf Probe

Brüssel, 13. Juni. (Agence Belge.)

Eine Sitzung des Ministerrats nahm von den Entscheidungen
Kenntnis, die das Reichsgericht in Leipzig gefällt hat.
Nach den Bestimmungen des Abkommens der Allierten, das in
diesem Punkte gegenüber dem Versailles-Vertrage Milde-
rungen angenommen hat, können die Entscheidungen dieses
Gerichtes nur als Proben angesehen werden, durch die die
deutschen Behörden ihren lokalen Willen bekunden sollen, die
Verbrechen nachdrücklich zu bestrafen, deren Tatbestände ihnen die
kriegführenden Staaten vorgelegt haben. Sobald die belgische
Regierung die Berichte ihrer Delegierten in Leipzig empfangen
haben wird, wird sie prüfen, ob die Probe, so wie sie sich aus den
ersten Entscheidungen ergibt, als befriedigend angesehen
werden kann.

Eine neue Verschwörung?

Kopenhagen, 13. Juni.

Nach einem Telegramm aus Moskau hat der Volkskommissar
für auswärtige Angelegenheiten der ukrainischen Sowjetrepublik,
Kasowky, an die französische Regierung eine Note gerichtet,
in der er dagegen protestiert, daß die französische Regierung die
gegenrevolutionären Organisationen in der Ukraine unterstütze.
Die ukrainische Sowjetregierung habe Nachrichten erhalten, won-
nach die französische Regierung auf die Regierungen Deutsch-
lands, Österreichs und Ungarns einen Druck
ausübe, um diese zu veranlassen, die erforderlichen Geld-
mittel für die gegenrevolutionären ukrainischen Organisa-
tionen zur Verfügung zu stellen.

Morgen!

Mittwoch, den 15. Juni

geht's los.

Da beginnt unser Saison-Ausverkauf!

Achten Sie auf unsere morgige Anzeige und nehmen Sie sich für morgen vormittag nichts vor, damit Sie als erste unsere jeder Beschreibung spottenden Preise ausnutzen können.

Saison-Ausverkauf



Königsstraße 33 Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113 Beim Stuttiner Bahnhof

Theater und Vergnügungen

Volkshöhle

7 Uhr: Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater

Abend 8 Uhr: Die St. Jakobshof

Staatstheater

7 Uhr: Die Schöne Widwe

Deutsches Theater

8 Uhr: Die Räuber

Kammertheater

8 Uhr: Die Räuber

Großes Schauspielhaus

7 Uhr: Die Räuber

Rönngräber Str.

7 Uhr: Die Räuber

Mit dem Feuer spielen

8 Uhr: Die Räuber

Berliner Theater

7 Uhr: Die Räuber

Milliarden

7 Uhr: Die Räuber

Komödienhaus

7 Uhr: Die Räuber

Residenz-Theater

7 Uhr: Die Räuber

Stranion-Theater

7 Uhr: Die Räuber

Kleines Theater

7 Uhr: Die Räuber

Lessing-Theater

7 Uhr: Die Räuber

Die Ballerina des Königs

7 Uhr: Die Räuber

Deutsches Künstler-Theater

7 Uhr: Die Räuber

Rosenmontag

7 Uhr: Die Räuber

Komische Oper

7 Uhr: Die Räuber

Alt-Heidelberg

7 Uhr: Die Räuber

Theater am Rollendorfsplatz

7 Uhr: Die Räuber

Der Vetter aus Dingsda

7 Uhr: Die Räuber

Rose-Theater

7 Uhr: Die Räuber

Wo die Schwaben nisten

7 Uhr: Die Räuber

7 1/2 Apollotheater

7 Uhr: Die Räuber

Tip-Tip Murr!

7 Uhr: Die Räuber

Berliner Brater

7 Uhr: Die Räuber

Die Schönste

7 Uhr: Die Räuber

blonde Engel

7 Uhr: Die Räuber

Walhalla-Theater

7 Uhr: Die Räuber

Die Schwedensche

7 Uhr: Die Räuber

Folles Caprice

7 Uhr: Die Räuber

Thalia-Theater

7 Uhr: Die Räuber

Mascottchen

7 Uhr: Die Räuber

Hofenfabrik

7 Uhr: Die Räuber

Denn, Mühlstr. 8.

7 Uhr: Die Räuber

Seit 70 Jahren

7 Uhr: Die Räuber

San. Rat Dr. Straß

7 Uhr: Die Räuber

GARDINEN

7 Uhr: Die Räuber

Grebler

7 Uhr: Die Räuber

Zigaretten Großhandlung

7 Uhr: Die Räuber

Kupfer

7 Uhr: Die Räuber

Alt-Metalle

7 Uhr: Die Räuber

Kropf

7 Uhr: Die Räuber

Spezial-Arzt

7 Uhr: Die Räuber

Um zu räumen

verkaufen wir billig, auch an Private als Berufsbekleidung...
Strümpfe von 2.50
Unterhosen von 5.00
Hemden von 12.00
Gummihosen von 40.00
Deutsche Uniformen (Hose u. Joppe) von 60.00
Mäntel von 80.00
Feldflaschen mit Stoffbezug v. 2.00 bis 2.50 an
Außerdem amerikanische und englische Uniformen, Cheffurjoppen, Wäschemaschinen und Verdröcker von erstklassiger Beschaffenheit und anderer billigst
Auch Abgabe größerer Quantitäten an Händler
B. Kaufmann & Co.
Königsberger Straße 145, III. Hof, 3 Treppen
nur von 9-6 Uhr, Sonnabends geschlossen

Kapitän-Kautabak

einmal geprobt - immer gelobt. Frischer Geschmack. Stets frisch zu haben in allen Zigarrenhandlungen. Neue Verpackungen sind nicht ein Generalvertrieb C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Straße 22 (Kgl. 3861).

Zur politischen Lage

Jetzt aktuell
Karl Kautsky
Wie der Weltkrieg entstand
Preis 6.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2
Breite Straße 8-9
Auch in allen Filialen erhältlich

Cairo

Bilder und Studien mit zehn farbigen Kunstbruden (Format 35x45 cm) u. vielen farbigen Textbildern auf feinstem Kunstbrudpapier in blauem Noire-Einband mit Goldprägung
Ein Prachtwerk 60 Mark
Buchhandlg. „Freiheit“
Berlin C2
Breite Straße 8-9

Münzen

Sammlungen aus Belgien, Serbien, Rumänien, 46/47
Handlung

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 16. Juni 1921, abends 6 1/2 Uhr.

Branchen-Versammlung

der Rohrleger und Helfer im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 13 (Saal 6).

Tagesordnung:
1. Bericht über das Ergebnis der Tarifverhandlungen
2. Diskussion
3. Verbände- und Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.
Die Vertrauensleute versammeln sich um 5 Uhr im Saal 10.

Vertrauensmännerkonferenz

der chirurgischen Branche findet am 16. Juni nicht statt. Die Ortsverwaltung.

Viel Geld verdienen!

Händler, Hausierer und Wiederverkäufer muss sie ihren Bedarf in Hosen aller Art bei A. Neumann, Hosenfabrik, Rochstraße 17, am Alexanderplatz, einkaufen.

Wanzen weg, deren Brut

verfügt restlos nur Kammerjäger Berg's Hircodant! Erfolg verbürgt. Rinder, orang., Fackelherden u. dergl.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Warenhäusern u. Vertheilern, ferner portofrei von Hermann H. Groesfel, Berlin, Rönngräber Str. 49

Kleider-Vertrieb G.m.b.H.

Hauptgeschäft: Kommandantenstraße 80-81
2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Str. 33
3. „ Lichtenberg, Frankfurter Allee 82

Grosser Verkauf zu außerordentlich billigen Preisen

Herren-Anzüge 335.00, 325.00, 285.00, 175.00	Burschen-Anzüge 400.00, 375.00, 175.00, 125.00
Herren-Anzüge Ersatz für Maß . . . 650.00, 568.50	Damen-Kostüme von 80.00
Herren-Paletots marngo 460.00, 290.00	Damen-Blusen Flanel 48.00, 32.00, 19.50
Herren-Schlüpfer 427.50	Damen-Blusen Batist 40.50
Herren-Anzüge, Jackett, Weste, mit gestrafter Hose 350.00, 290.00	Damen-Röcke Latzen 45.00
Herren-Gummi-Mäntel 425.00, 388.50	Farb. u. schwarze Damen-Kostümröcke 48.00 65.00 bis 115.00
Herren-Ulster Uebergangsware 125.00	
Sommerjoppen 68.50, 63.50, 75.50	Herren-Unterhosen Trikot 4.50
Leinen-Anzüge 128.50	Herren-Unterhosen aus Körper-Kemol 20.50
Herren-Leinen-Hosen neu 26.50	Herren-Hemden makotartig, mit Einsatz 35.00
Herren-Leinen-Hosen gebraucht 16.50	Herren-Hemden grau 15.00
Knaben-Anzüge aus guten Anzugstoffen Gr. 7-12 von 85.00 bis 128.50	Herren-Socken 3.50
Herren-Stiefel neu 90.00 68.50	Herren-Mako-Socken 6.50
Herren-Stiefel ausgebelebte Militärstiefel 48.50	Damen-Halbschuhe mit Lederkappe und Lederbrandaohle 115.00, 98.50, 60.00
Herren-Stiefel Chevreau und Boxcall, mit od. ohne Lackkappe 135.00	Herren-Turnschuhe mit Lederohle 33.00
Burschen-Stiefel Gr. 36-39 125.50, 90.00	Militärschaftstiefel instandgeputzt 42.00 39.00
Damen-Stiefel Hochschall 132.50, 110.00	Militärschnürstiefel instandgeputzt 16.50
Leinen-Schuhe schwarz und weiß 38.00	Kinder-Stiefel Gr. 25-27-30 50.00 35.00
Damen-Halbschuhe Spannen, mit Lederkappe und Lederbrandaohle 92.50, 60.00	Kinder-Stiefel Chevreau und Boxcall Gr. 25-30 70.00 50.00

LUNA-PARK
Heute Volkstag
Doppel-Konzert
Höhen- u. Wasser-Feuerwerk
Gebr. Wichmann auf dem Turmsoll
7 Uhr 8 1/2 Uhr

Möbel
Haben zu herabgesetzten Preisen gegen Bar- und Teilzahlung, mit kleiner Anzahlung, für alle Wohnzwecke: Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer (sowie Teppiche, Gardinen, Dekorationsgegenstände in großer Auswahl) Einzelne Möbel farbige Rücken
Beiser
Vothringer Straße 67.

Groß-Berlin

Reichsvereinsgesetz und Reichsverfassung

Max Peters, stellvertretender Gemeindevorsteher in Faltenberg, war auf Grund des Reichsvereinsgesetzes angeklagt worden, weil er am 8. Februar 1920 auf dem im Eigentum der evangelischen Kirchengemeinde stehenden Begräbnisplatz dadurch ein ungewöhnliches Leichenbegängnis veranstaltet habe, daß er als Laie bei der Beerdigung eines Dissidenten eine Grabrede gehalten habe, ohne hierzu die Genehmigung der Ortspolizeibehörde eingeholt zu haben.

Genau diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht ein, welches aber die Revision als ungründet zurückwies und u. a. ausführte, was die Ziffer 2 des Auftrages der Volksbeauftragten vom 12. November 1918, wonach das Vereins- und Versammlungsrecht keiner Beschränkung unterliege, anlangt, so handle es sich um eine programmatische Erklärung und nicht etwa um die Aufhebung des Reichsvereinsgesetzes; mit der völligen Aufhebung wären die verschiedensten Vorschriften des Strafgesetzbuches über Zusammenrottung, Aufrührer usw. hinfällig geworden, ohne welche eine Regierung, selbst wenn sie der äußersten Linken angehörte, nicht bestehen könnte.

500 Zentner Treber als Düng

Auf dem Kohlenplatz der Schultzei-Pagenhofer Brauerei (Abteilung Spandau) läßt man über 500 Zentner Treber verkaufen, als sie zu einem annehmbaren Preis an die Kuhhalter als Futter abzugeben. Seit Monaten haben die Molkebesitzer mit den Brauereien wegen Herabsetzung des Preises von 25 M. auf 16 M. für den Zentner verhandelt, leider erfolglos. Lieber läßt man etwas verkaufen, als es im Interesse der Allgemeinheit den Viehhaltern billiger abzugeben.

Subvention der Fachschulen durch die Industrie

Das Berliner Fortbildungsschulwesen ist zum Teil immer noch abhängig von den Innungen, der Industrie. Eine solche Abhängigkeit kann aber nicht als besonders förderlich für die Schulen angesehen werden. Die Schule hat dem Schüler zu dienen, nicht der Industrie, dem Unternehmer. Die Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers werden zwar zum Teil gleichlaufend sein, aber in den grundlegenden Punkten können sie sich nicht decken.

leider sehr groß, was auch darin seinen Ausdruck findet, daß diese Schulen dem Handelsministerium unterstehen. Die Schule ist aber eine Kulturangelegenheit und keine Handelsangelegenheit.

Dem Streben, in Berlin eine völlig unnötige sogenannte Kunstgewerbeschule zu gründen, kommen jetzt gewisse industrielle Kreise entgegen, die beabsichtigen, die nötigen Mittel aufzubringen. Es ist Aufgabe der Aufsichtsbehörde, von vornherein Maßnahmen zu treffen, welche einem wirklichen Einfluß kapitalistischer Interessen, direkt oder indirekt durch Mittelsmänner, die Spitze abbrechen.

Es ist wirklich dringend notwendig, daß die Verwaltung der Fach- und Fortbildungsschulen von Grund auf neu organisiert wird und ist es zu diesem Zweck in erster Linie notwendig, in der Deputation dieser Schulen Lehrern und Schülern eine Vertretung zu geben, nur so können diese Schulen so gestaltet werden, daß sie ihren Zweck, den jungen Menschen die Waffen für den Lebenskampf zu geben, ganz erfüllen.

Neuorganisation der Kaufmanns- und Gewerbegerichte

Am Montag tagte im Rathaus ein Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über den Erlaß eines neuen Ortsgesetzes für das Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Es wurden folgende Anträge mit der Vorlage angenommen: „Der Ausschuß beschließt, die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, unverszüglich bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, eine Rechtsverordnung dahin zu erlassen, daß die jetzt bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Bezirk der neuen Stadtgemeinde Berlin bis zum Zusammentritt der neuen Gerichte, längstens bis zum 30. September d. J. tätig bleiben.“

Die neuen Fernspreckgebühren

Die Ferngebühren sind in dem neuen Fernspreckgesetzentwurf von Grund auf neu gestaltet worden. Bisher betrug die Gebühr für eine Verbindung bis zu drei Minuten Dauer und bis zu einer Entfernung bis zu 25 Kilometer 80 Pf., darüber hinaus bis zu 50 Kilometer 1 M., über 50 bis 100 Kilometer 2 M., bis 100 Kilometer 3 M., bis 100 Kilometer 4 M., bis 100 Kilometer 5 M., bis 1000 Kilometer 6 M. und über 1000 Kilometer 8 M. Künftig soll ein Gespräch bis zu 3 Minuten Dauer auf einer Entfernung bis zu 5 Kilometer nur 25 Pf. kosten. Darüber hinaus sind folgende Gebührensätze vorgeschrieben: bis 15 Kilometer 75 Pf., über 15 bis 25 Kilometer 1,25 M., bis 50 Kilometer 2 M., bis 100 Kilometer 3 M. und von da ab für je 100 Kilometer mehr 1,50 M. Diese Sätze entsprechen den Selbstkosten, die der Fernspreckverwaltung neuerdings aus dem Fernbetrieb erwachsen und die sich aus den eigentlichen Leitungs- und den Betriebskosten zusammensetzen.

Die Preise für Wochen- und Monatskarten

Ueber die bereits angekündigte Herabsetzung der Preise der Monats- und Wochenkarten wird amtlich folgendes bekannt gegeben: Die zum 1. Juni d. J. im allgemeinen Verkehr in Kraft getretene Tarifserhöhung, die für Monatskarten eine Berechnung nach 20 Teilsfahrten, die Wochenkarten eine solche nach zehn Dreifachfahrten des Monatskartenpreises vorsieht, bleibt an sich bestehen. Mit Rücksicht aber auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes, die insbesondere die auf die Benutzung von Monats- und Wochenkarten angewiesene Bevölkerung trifft, hat der Reichsverkehrsminister die Einführung folgender Tarifänderungen angeordnet:

Die Monatskarten werden demnach berechnet, daß ihnen nicht 20, sondern 16 Einzelfahrten im Monat zu Grunde gelegt werden, so daß bei einer Benutzung zur Fahrt zwischen Wohnplatz und Arbeitsstätte an acht Tagen die übrigen Fahrten im Monat frei sind. Die Wochenkarten werden nicht zu zehn Dreifachfahrten, sondern zu sieben Achtundzwanzigsteilen des Monatskartenpreises berechnet. Hier scheidet also der Inhaber bereits nach Benutzung an zwei Tagen der Woche während des übrigen Teiles der Woche frei; auch Kurzarbeiter können daher mit Vorteil von ihnen Gebrauch machen.

Diese Tarifherabsetzungen, die nicht über die Dauer der zur Zeit bestehenden Wirtschaftslage hinaus gehen sollen, werden mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden. Mit Rücksicht auf die hierbei zu überwindenden technischen Schwierigkeiten werden aber die neuen Tarife nicht vor dem 1. September eingeführt werden können.

Zum gleichen Zeitpunkt werden die auf anderen Grundstücken aufgebauten Zeilarten des Berliner und Hamburger Vorortverkehrs, die am 1. Juli d. J. in Kraft treten, in dem gleichen Verhältnis ermäßigt werden, wie dies bei den Monats- und Wochenkarten des Fernverkehrs geschieht.

Badegelegenheiten in Alt-Berlin

A. Volksbadeanstalten. Infolge des bestehenden Kohlenmangels war es bisher nur möglich, folgende Volksbadeanstalten dem Verkehr zu übergeben: 1. Anstalten mit Schwimmhallen. Die Anstalten an der Schillingbrücke. Hier werden sämtliche Bäder für beide Geschlechter in der Zeit von 12 bis 7 Uhr nachmittags verabreicht. Die einstellenden noch von der Militärverwaltung in Anspruch genommene Badeanstalt in der Turmstraße ist auf unseren Antrag der Berliner Bevölkerung für Schwimm- und Brausebäder zu folgenden Zeiten zur Verfügung gestellt worden: a) für männliche Personen: Montags und Dienstags von 12 bis 6 Uhr nachmittags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr vormittags, b) für weibliche Personen: Donnerstags von 12 bis 2 Uhr mittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags, 2. Anstalten, in denen nur Bannen- und Brausebäder verabreicht werden: a) Die Anstalt in der Gartenstraße von morgens 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, b) die Anstalt in der Oberberger Straße von 12 bis 7 Uhr nachmittags, c) die Anstalt in der Bärowstraße von 12 bis 7 Uhr nachmittags. (Alle drei Anstalten für beide Geschlechter.) Preise: Die Preise für die Bäder in den Volksbadeanstalten stellen sich wie folgt: 1. Bannenbad 2 M., 1 Schwimmbad für Erwachsene 1,50 M., 1 Schwimmbad für Kinder 1 M., 1 Brausebad 50 Pf.

B. Fließbadeanstalten. Die Fließbadeanstalten Currystraße, Lehmannstraße, Am Mühlengraben und Fruchtstraße, an der Oberstraße, Mühlentor und an der Inselstraße, sind bis zu den großen Schulferien in der Zeit von 12 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Der Badepreis beträgt hier für Erwachsene 40 Pf., für Kinder 20 Pf., für Gemeindefeldkinder mit Berechtigungskarte 10 Pf. Warme Witterung vorausgesetzt, werden die städtischen Fließbadeanstalten während der großen Ferien je nach Inanspruchnahme einen 12- bis 14-stündigen Betrieb geben. Schwimmunterricht. In den Volksbadeanstalten in der Turmstraße und an der Schillingbrücke und in allen Fließbadeanstalten wird Schwimmunterricht erteilt. Der Unterrichtspreis beträgt für Erwachsene 25 M., für Kinder 15 M.

Die Steuerverwaltung für das Gebiet der bisherigen Stadtgemeinde Berlin erinnert durch öffentliche Mahnung an die Zahlung aller noch rückständigen Gewerbesteuerreste, insbesondere an die Zahlung der für 1920 neu ausgeschriebenen Gewerbesteuerzuschläge. Indem wir unsere Leser auf diese Bekanntmachungen aufmerksam machen, weisen wir besonders darauf hin, daß die Nichtbeachtung dieser öffentlichen Mahnung schwerwiegende Nachteile zur Folge haben kann, da nach Ablauf der Mahnfrist, in diesem Falle ist es der 25. Juni, ohne weiteres die zwangsweise Einziehung der Steuerreste zu erwarten ist.

Bei der Einkommensteuer für 1920 ist der Steuerpflicht mit dem Kleben von Marken nicht genügt. Jeder Steuerzahler hat vielmehr die Pflicht, seine Steuerkarte bei seiner zuständigen Steuerklasse nach erfolgter Veranlagung vorzulegen, damit die gefälligen Marken auf seine Steuerschuld in Zahlung genommen und abgerechnet werden. In Einzelfällen ist dann auch eine Rückzahlung zusätzlicher abgegebener Beträge zu erwarten. Da mit Beginn der Veranlagung mit einem außerordentlich starken Anstieg in den Steuerfällen zu rechnen ist, empfiehlt es sich im eigenen Interesse dringend, die Abrechnung der Marken möglichst schon jetzt vorzunehmen, auch wenn eine Veranlagung noch nicht erfolgt ist.

Millionen-Ueberstieg der Neuföhner Lebensmittelwirtschaft. Während die meisten Lebensmittelabteilungen Berlins erhebliche Fehlbeträge auch für das laufende Geschäftsjahr zu verzeichnen haben, hat die Neuföhner Großhandels-Gesellschaft, die seinerzeit von den städtischen Behörden der Vorortgemeinde auf rein kaufmännischer Grundlage begründet wurde, mit einem Ueberstieg von rund 4 1/2 Millionen Mark abgeschlossen. Die städtische Gesellschaft, die hauptsächlich Lebens- und Futtermittel vertreibt, hatte nach dem jetzt festgestellten Geschäftsbericht, einen Gesamtumsatz von 183 Millionen Mark. Da das Gesamtkapital der Gesellschaft nur 26 Millionen beträgt, ist es also etwa siebenmal umgelegt worden. Während die Leitung der Gesellschaft eine rein kaufmännische ist, steht ihr der Aufsichtsrat aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten zusammen. Das Ergebnis der Gesellschaft ist für Groß-Berlin sehr erfreulich. Bei dem geplanten Ausbau der städtischen Lebensmittelwirtschaft wird Berlin aus den Neuföhner Erfahrungen manchen Nutzen ziehen können.

Der Sechsmilliarden-Etat Berlins. Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag steht als wichtigster Punkt die Vorlage betreffend Festsetzung des Stadthaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1921. Der Haus-

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertrugen von Hermanna zur Wälden Copyright by Der Volk-Verlag Berlin-Weiden 1921

(Schluß)

(Nachdruck verboten)

Wir behaupten, daß Mitglieder der J. W. W. auf das Grausamste und Unmenschlichste geschlagen worden sind. Hunderte von Mitgliedern können noch die Narben auf ihrem arg zugerichteten Körper zeigen, die sie erhielten, als man sie zwang, Spießruten zu laufen. Joe Marx und viele andere wurden so in Diego, Californien, behandelt. James Rowan wurde in Everett, Washington, fast zu Tode geschlagen. In Lawrence, Massachusetts, haben die Leute vom Textil-Traub Männer und Frauen geschlagen, die gezwungen waren, in den Streik zu treten, um für sich ein wenig mehr von den guten Dingen des Lebens zu erobern. Die Stöße und die grausamen Peitschenschläge, die sie einer kleinen italienischen Frau verfechten, verursachten es, daß sie frühzeitig einem Kinde das Leben gab. In Red Lodge, Montana, wurde das Haus eines unserer Mitglieder überfallen, der Mann selbst vor den Augen seiner schreienden Frau und seiner Kinder aufgenährt. In Franklin in New Jersey wurde John Willis, ein J. W. W., am 29. August 1917 bei hellem Tage von dem Chef der Polizei und einem Auto voll Geschäftsleute in einen Wald in der Nähe der Stadt gebracht und dort an einem Baum aufgehängt. Noch ehe der Tod eingetreten war, wurde er abgeschnitten, und auf das Grausamste geschlagen. Fünf Stunden, ehe Willis wieder zum Bewußtsein kam, verurteilte ihn der Richter der Stadt zu drei Monaten Zwangsarbeit.

Wir behaupten, daß man Mitglieder der J. W. W. hat verhungern lassen. Diese Behauptung kann bewiesen werden, wenn man sich die Verhältnisse ansieht, die fast in jedem Bezirksgefängnis bestehen, in dem Mitglieder der

J. W. W. gefangen gehalten werden. Noch kürzlich geschah es in Topela, Kansas, daß Mitglieder unserer Organisation sich zu einem Hungerstreik gezwungen sahen, um sich eine auch nur einigermaßen das bloße Leben garantierende Ernährung zu sichern. Viele Mitglieder mußten zum Hungerstreik schreiten, um etwas bessere Nahrung zu bekommen. Man lese darüber die von Windthrop D. Lane geschriebene Geschichte, die am 6. September 1919 in „The Surden“ erschien. Diese Erzählung ist eine genaue Beschreibung der Geschehnisse in den Bezirksgefängnissen in Kansas.

Wir behaupten, daß Mitglieder der J. W. W., die durch die Verfassung garantierte Rechte verweigert worden sind, daß die Richter offen eingestanden haben, das geschehe wegen der Zugehörigkeit zu den J. W. W.; vielen Mitgliedern wurden ihre Staatsbürgerpapiere abgenommen.

Wir behaupten, daß Mitgliedern der J. W. W. das Recht der Verteidigung genommen worden ist. Da die Organisation der Arbeiter klein war und keine eigenen Mittel zur Verfügung hatte, mußte man an die Mitglieder und die Arbeiter im allgemeinen appellieren, um Geld für eine geeignete Verteidigung zu bekommen. Die Post hat nach dem Befehl des Generalpostmeisters in Washington offen die Beförderung unserer Anträge, unserer Subscriptionslisten und unserer Zeitungen verhindert. Man hat sie in den Postanstalten aufgehäuft und nie das Porto zurückerstattet.

Wir behaupten, daß Mitglieder der J. W. W. gezwungen wurden, Sklavendienste zu leisten. Dies bezieht sich nicht auf die in den Gefängnissen eingeschlossenen Mitglieder; wir wollen die Aufmerksamkeit des Lesers nur auf ein J. W. W.-Mitglied lenken, das in Birmingham, Alabama, verhaftet wurde, dann aus dem Gefängnis geführt und auf einem Jahrmarkt in jener Stadt zu einem Eintrittsgeld von 25 Cts. ausgestellt wurde.

Zum Schluß will ich für die Leser, die sich über die Tatsache wundern, daß solche Dinge öffentlich so wenig bekannt sind, einige Stellen aus meinem Buch „Die Messingmarke“ abdrucken, die sich mit der New York „Times“ befassen und

der Art und Weise, wie diese den Roman „Jimmy Higgins“ behandelt haben:

„In den letzten Kapiteln dieser Geschichte wird ein amerikanischer Soldat dargestellt, der in einem amerikanischen Militärgefängnis zu Tode gefoltert wird. Dazu sagt die „Times“:

„Mr. Sinclair sollte seine erstaunlichen Anschuldigungen beweisen, falls er Beweise hat. Wenn er nur so vom Hörensagen geschrieben hat, oder, was schlimmer wäre, verleitet von seinem Wunsch, Sensationen zu bringen, hat er sich nicht nur in der öffentlichen Meinung diskreditiert, sondern auch strafbar gemacht.“

In Erwiderung sandte ich der „Times“ einen sehr höflichen Brief, in dem ich haufenweise Fälle anführte und der „Times“ die Stellen mitteilte, wo noch Hunderte ähnliche Fälle gefunden werden könnten. Die „Times“ gab mir diesen Brief ohne jeden Kommentar zurück. Eine Reihe von Monaten vergehen und auf die unausführliche Agitation der Radikalen hin erfolgt eine Untersuchung durch den Kongress, und die Beweise für entsetzliche Grausamkeiten kommen in die Zeitungen. Die „Times“ veröffentlicht einen Leitartikel unter dem Titel „Grausamkeiten in den Gefängnissen“; der erste Satz lautet:

„Die Tatsache, daß eingekerkerte amerikanische Soldaten mit der größten nur denkbaren Grausamkeit behandelt worden sind, kann jetzt als feststehend angesehen werden.“

So schrieb ich der „Times“ wiederum einen höflichen Brief mit der Bemerkung, daß sie mir jetzt wohl eine Rechtfertigung schulde. Und wie geht die „Times“ nun vor? Sie verändert meinen Brief ohne meine Erlaubnis! Sie scheidet meine Forderung einer Rechtfertigung aus und ebenso ihre eigenen Worte, die ich zitiert hatte und die meine Bestrafung verlangten. Die „Times“, jetzt eingekerkert, weigert sich, ihren Lesern mitzuteilen, daß sie meine Bestrafung verlangte da für, daß ich die Wahrheit sagte! Wie lautet doch das Motto am Kopf der „Times“: „Lauter Neuigkeiten, die sich zum Druck eignen!“

haltsplan entfällt in zwei Abschnitte, Bezirksverwaltungen und Zentralverwaltung, von denen der erste Abschnitt 14 und der zweite acht Kapitel umfasst. Der neue Etat ist in die siebenste Milliarde hineingewachsen. Er zeigt in Ausgabe und Einnahme die Summe von 6 102 654 700 Mark.

Verwaltungsbezirk 3. (Wilmerdorf-Schmargendorf-Grünwald.) Bezirksverordnetenversammlung vom 10. d. Mts. Nachdem bei der Einbringung des Etats die einzelnen Parteien bereits hierzu Stellung genommen hatten, wurde dieser ohne weitere Besprechungen verabschiedet. Gegen einen von Dr. Leidig (D. B.) eingebrachten Dringlichkeitsantrag betr. die Zentralisierung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte mußte unsererseits Einspruch erfolgen, da die Fraktion bisher keine Gelegenheit hatte, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Vorher wurde noch ein Antrag der sozialistischen Parteien angenommen, der besagt, daß die Deputation für Wohnungs- und Siedlungswesen mit der Prüfung und Erledigung aller Beschwerden über das Wohnungsamt zu betrauen ist.

Die Gefahren der Sommerhitze für die Säuglinge und Kleinkinder. Bekanntlich ist die Sterblichkeit der kleinen Kinder in den Sommermonaten infolge der Ueberhitzung und der Milchverfälschung besonders groß. Diese Gefahren nach Möglichkeit zu vermeiden, veranstaltet der Landesauschuss für hygienische Volksbelehrung über dieses zeitgemäße Thema am Dienstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, unentgeltliche Lichtbildervorträge in folgenden Lokalen: Königl.ädtliche Oberrealschule, NO., Basteistraße 44-46. Königl.ädtliche Realschule, NO., Elisabethstraße 57-58. Reform-Realschule, N., Reinickendorf, Berliner Straße 7. VIII. Fortbildungsschule, N., Grünthaler Str. 5. 100. Gemeindefschule, N., Dunderstraße 64. Dorotheenstädtisches Realschule, NW., Dorotheenstraße 12. Friedrich Werder'sches Gymnasium, NW., Kochumer Straße 8 b. Kirchner-Ober-Realschule, NW., Zwillingstraße 2. Sophien-Realschule, E., Steinstraße 31-34. Carl-Michaels-Realschule, SO., Mariannenstraße 47. Uhländerschule, Schöneberg, Kolonnenstraße 21-23.

Durch Beamte der Schupo angefallen wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Neukölln, Emsler-Edo-Platzstraße, ein Mann, der sich mit anderen Beamten bemühte, einige Leute festzusetzen, die ihn vorher überfallen hatten. Wie wir erfahren, ist in dieser Angelegenheit eine dienstliche Untersuchung eingeleitet worden. Bei dieser muß festgestellt werden, ob leichtsinniger Waffengebrauch vorliegt oder der Vorfall auf Unvorsichtigkeit des Beamten zurückzuführen ist. Dieser hatte von der Angelegenheit keine Meldung gemacht. Erst durch Feststellungen von Zeugen gezwungen, machte er Angaben.

Ein gewissenloser Kohlenhändler. Auf Grund der Befanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel hat die Ruberabteilung des Polizeipräsidiums dem Kohlenhändler Adolf Ehrhardt in Charlottenburg, Morjestraße, den Handel mit Brennstoffen aller Art wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt. Ehrhardt hat sich in so schamloser Weise bereichert, daß das Kohlenamt der Stadt Berlin sein Verfahren als „einzig dastehend an bewiesener Unzuverlässigkeit“ bezeichnet. Wie feststeht, hat er größere Mengen an Koks und Bricketts, also der rationeller unterworfenen Brennstoffe, ohne Marken an Firmen geliefert, die bei ihm gar nicht bezugsberechtigt waren. Diese Kohlenmengen verschaffte er sich auf die ihm von seinen einträglichen Kunden übergebenen Kohlenkarten und hat dadurch das Vertrauen der Kunden schände mißbraucht. U. a. wurde ermittelt, daß Ehrhardt an zwei große Firmen 600 Zentner Koks und einen Waggon Bricketts von 400 Zentnern verschoben hat.

Verbandstag der Holzarbeiter

Zum Punkt Lohn- und Vertragsbewegungen, der in geschlossener Sitzung behandelt wurde, gab Schlicher (Vorstand) in großen Zügen ein Bild der äußerst umfangreichen Lohnbewegungen der beiden letzten Jahre, dann des Verlaufs der zentralen Verhandlungen über den

Reichsmanteltarif

und der bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen. Deren Schwierigkeiten entstehen hauptsächlich aus der Uneinigkeit unter den Arbeitgeberorganisationen. Der Arbeitgeber-Schutzverband — bisher wichtigster Vertragspartner — hat in der Reichsberufsgenossenschaft nicht mehr die ausschlaggebende Bedeutung. Nunmehr hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen und auf den 15. Juli die Parteien zu Verhandlungen geladen. Sollten sie scheitern, so erwartet der Vorstand, daß die Kollegen mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln für ihre Forderungen eintreten und hinter dem Vorstand stehen. (Lebhafte Beifall.)

Da m e r (Verbandsvorstand), als zweiter Referent, beschäftigte sich mit den Lohnbewegungen in den verschiedenen anderen Branchen. Die große Tarifbewegung, über die der Borrechner berichtete, erstreckt sich hauptsächlich auf die Tischler und einige ihrer Abzweigungen. In vielen der kleinen Branchen ist die Erzeugung günstiger Arbeitsbedingungen sehr erschwert durch die starke Beschäftigung angelernter und ungelerner, vor allem auch weiblicher Arbeitskräfte. Auch Heimarbeit hat in einzelnen Branchen sehr große Bedeutung. Redner schildert die Schwierigkeiten des Abschlusses der einzelnen Verträge; daß nun trotz der Tarifverträge nicht Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchgeführt werden, kann nur durch

größte Wachsamkeit

der Kollegen verhindert werden. Unter die für die kleinen Branchen abgeschlossenen Verträge zählen 31312 Beschäftigte, darunter 14562 weibliche. Der Vorstand werde alles tun, den Wünschen der Kollegen gerecht zu werden. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion wurde unter anderem ausgeführt, daß die Kollegen in den Betrieben streng an den Erzeugungsstellen festhalten müßten. Die Maschinenarbeiter müßten als gleichberechtigt anerkannt werden. Die Unternehmer, und nicht nur die in Ost-

preußen, suchen die Löhne abzubauen. Dem müßte man entgegen-treten. Der Entlohnung der Arbeiterinnen sei mehr Aufmerksamkeit zu widmen — gleicher Lohn für gleiche Leistungen. Gegen die Lohn- und Achtstundentag-Abbauversuche müsse das

Schweri des Generalstreiks

scharf gehalten werden.

Boese und Dorn-Berlin ersuchten, die bisherige Bewegungsfreiheit der Berliner in Lohnbewegungen nicht einzuschränken. Sie und noch andere Redner (Meyer-Kürberg, Litzner-Zwidau, Menzel-Höchst) empfahlen, die bisherigen Verhandlungsergebnisse als unzureichend zu bezeichnen.

In einer angenommenen Resolution über Lohn- und Vertragsbewegung erneuert der Verbandstag seine früheren Beschlüsse und sieht in dem Ausbau der verschiedenen örtlichen Verträge den geeigneten Weg, um in der Holzindustrie zu einem einheitlichen Vertragsrecht zu kommen. Es wird Protest erhoben gegen die endlose Verschleppung des Reichsvertrages für das Holzgewerbe, und sollten die Verhandlungen durch den Widerstand der Unternehmer scheitern, so „sind die deutschen Holzarbeiter gewillt, ihre Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln in die Tat umzusetzen“.

Eine Reihe von weiteren Anträgen fand Annahme, welche besagen, jeden Unternehmerverstoß, den Achtstundentag zu durchbrechen, mit aller Schärfe zurückzuweisen. Verschiedene Wünsche der Branchen, u. a. Bezahlung der Feiertage, die auf einen Wochentag fallen usw., wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Durch ein Sympathie-Telegramm übermittelte der Verbandstag den seit 23 Wochen im Abwehrkampf stehenden

Werkarbeitern Englands

Grüße und Wünsche auf vollen Erfolg.

Darauf wurde, ohne daß erneut in eine Debatte eingetreten wurde, der zurückgestellte Punkt „Betriebsräte“ wieder aufgenommen und nach einem Schlusswort des Referenten Jahn, in dem er sich polemisch gegen verschiedene in der Diskussion Torgebrachte wendete, im übrigen aber der Kritik über die Unzulänglichkeit des Gesetzes vollständig beipflichtete, eine Resolution des Referenten einstimmig angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die

„gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte“

bisher nicht erfüllt worden ist. Verlangt wird u. a. weiter, daß als Mitglieder der gesetzlichen Betriebsvertretungen die besten und beschäftigten Personen auszuwählen sind, welche die gewerkschaftlich durchgebildet sind und über einen moralisch geistigen Charakter verfügen. Bei den Wahlen ist deshalb die Unterstützung parteipolitisch der Listen abzulehnen und nur für die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Kandidatenlisten einzutreten.

Dem Vorstand wurde noch aufgegeben, mehr finanzielle Mittel zu Bildungszwecken für Betriebs- und Wirtschaftsräte aufzuwenden; außerdem soll das Referat Jahns den Kollegen gedruckt als Broschüre zugänglich gemacht werden.

Dann trat der Verbandstag in die Behandlung des Punktes „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen“ ein, eingeleitet durch ein Referat Tarnows.

Gewerkschaftliches

Moderne Gewerkschaftstechnik

Die Anforderungen, die heute an einen großen Verband gestellt werden, die Umwege Kleinarbeit, die dabei zu bewältigen ist, lassen sich nun nicht mehr mit primitiven technischen Einrichtungen bewerkstelligen, oder die Arbeit selbst leidet darunter. Ueberblicklichkeit bei aller Ausdehnung und Größe, ist nicht nur eine Forderung jedes Großbetriebes, sondern noch notwendiger für jede Kampforganisation, deren Mitglieder sich freiwillig ein- und unterordnen, und auf deren intensive Mitarbeit die Kraft und Stärke des Verbandes beruht. Um diese Aufgaben reiflos zu erfüllen, ist es nicht zu umgehen, mit ganz modernen, büro-technischen Methoden und Einrichtungen sich vertraut zu machen und mit deren Hilfe den größtmöglichen Erfolg bei geringstem Aufwand an Kraft und Zeit zu erzielen.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Berlin, der fast zur Gänze von unseren Genossen geleitet wird, und der hervorging aus dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Verband der Bureauangestellten, hat sich reiflos die skizzierten Anforderungen zu eigen gemacht und seine Aufgabe glänzend gelöst.

Die ca. 70 000 Mitglieder zählende Ortsgruppe beschäftigt 135 Angestellte neben 25 Agitationsbeamten, ein Verfahren, das auch alle amerikanischen Gewerkschaften für die Verbandsagitation anwenden. Auf einem Flächenraum von 1700 Quadratmetern ist ein Labyrinth von Gängen aufgebaut, beherbergt 33 Räume außer dem großen Empfangsraum und dem ebenso gediegenen wie einfachen, aber doch imponierenden Sitzungssaal. Die reinen Bureauarbeiten werden mit Hilfe von Adressier- und Ausrückmaschinen usw. mühelos bewältigt; das Kartotheksystem ist vorbildlich zu nennen, die Abfertigung in großen Räumen geht flott vor sich, und die Organisation selbst funktioniert in allen Teilen.

Fünfzehn Sekretariate bearbeiten die einzelnen Fachgruppen, und eine eigene Rechtsabteilung nimmt die rechtlichen Interessen der Mitglieder wahr. Die innere Verwaltung besteht aus vier Abteilungen, und zwar: Geld-, Mitgliederverkehr, dem auch ein „Bücherbetrieb“ angegliedert ist, weiter der Funktionär-Verkehr und die Betriebszentrale, die alle reibungslos arbeiten.

Wir können allen unseren Genossen aus den anderen Gewerkschaften nur empfehlen, die modernen organisationstechnischen Einrichtungen des Zentralverbandes, die wir lange nicht alle anzuführen, zu beschreiben, und es dürfte sich da manches zur Nachahmung empfehlen. Die Schlagkraft unserer Verbände zu erhöhen, und, wie eine illustrierte Beilage des obigen Verbandes zum Schluß schreibt: „Den Arbeitern zum Schutz, dem Kapital zum Truh“, soll letzten Endes der Zweck all dieser modernen Gewerkschaftstechnik sein. —

Angestellte der Film-Industrie!

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Am 29. Mai fanden wiederum mit den Arbeitgebern der Film-Industrie Verhandlungen statt und hatte deren Gehahren, ganz besonders aber das Verhalten ihres Syndikus, Dr. Friedmann, den Anschein, als wenn sich die Herren nicht vor der Kammer eines Schlichtungsausschusses, sondern in einem Film-Atelier befänden.

Der Schlichtungsausschuss hatte wieder einmal versäumt, die Kammer ordnungsgemäß zusammenzusetzen, so daß wir zwei Arbeitgeber-Beisitzer ablehnten, weil sie unmittelbar an der Streitsache beteiligt sind. Der Arbeitgeber-Syndikus lehnte daraufhin die drei Arbeitnehmer-Beisitzer ab. Der Arbeitgeber-Beisitzer, Koback, hielt sich selbst für befähigt und wurde der Ablehnungsantrag gegen denselben auch von der Kammer für begründet erachtet. Der Ablehnungsantrag der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer-Beisitzer wurde abgewiesen. Darauf erklärte Herr Dr. Friedmann, deswegen Beschwerde beim Demobilisationskommissar erheben zu wollen und beantragte Vertagung. Wir zogen daraufhin unsere Beschwerde beim Schlichtungsausschuss zurück, um nicht erst die Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar abwarten zu müssen. Eine neue Beschwerde haben wir inzwischen eingereicht, so daß über die Tarifangelegenheit in kürzester Zeit wieder verhandelt wird.

Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß mehr als bisher die Einigkeit und Geschlossenheit der Angestellten der Film-Industrie hergestellt werden muß, und daß sich die Angestellten im Zentralverband der Angestellten zusammenfinden müssen, um bei den Arbeitgebern die Erfüllung ihrer Forderungen durchzusetzen.

Neue Gehaltsregelung im Hochbau-Gewerbe. Am 28. Mai d. J. ist mit dem Verband der Bauergesellen von Groß-Berlin auf Grund des § 13 des Tarifvertrages vom 7. November 1920 ein Abkommen getroffen worden, nach welchem den kaufmännischen Angestellten im Hochbaugewerbe mit rückwirkender Kraft ab 1. Februar Zulagen von 25 bis 100 M. zu zahlen sind. Firmen, die diese Nachzahlungen noch nicht geleistet haben, sind uns möglichst umgehend zu melden. Nähere Auskünfte erteilt der Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10.

U. G. G.-Konzern, VSPD-Obstzweig. Mittwoch, den 15. Juni, abends 6 Uhr, Versammlung, Gipsstraße 3.

Parteiveranstaltungen

Presse-Kommission Mittwoch, 15. Juni, 6 1/2 Uhr: Sitzung Breite Straße 89.

Änderungs-Kommission. Die Listen, die in der Vollversammlung der Arbeiter-Kommission zur Ausgabe gelangten, müssen bis Freitag in meinen Besitz sein. Heute.

Dienstag, 14. Juni

1. Verwaltungsbezirk (Tiergarten, 4. Bezirk). Heute 7 Uhr bei Wiemers, Bülowstraße 55: Verhandlung.
2. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 Uhr: Fraktionsversammlung im Rathaus Köpenick, Zimmer 26.
3. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 6 Uhr in Tempelhof, Germaniastraße, 10: Parteiveranstaltung.
4. (früher 8. Bezirk). Heute abends 7 Uhr: Bezirksversammlung des Gesamt-Partei-Komitee zur gegenwärtigen des Mitgliedschafts.
5. Charlottenburg, Frauen-Tele- und Disfalterabend abends 8 Uhr: Rathaus, Sitzungszimmer 1.

Mittwoch, 15. Juni

1. Verwaltungsbezirk (früherer 8. Bezirk). Abends 7 Uhr: Parteiveranstaltung, Versammlung in der Kleefeldstraße. Vortrag des Gen. Dietmer: Unsere Kommunalpolitik.
2. Verwaltungsbezirk (W. Köpenick). Mitgliederversammlung 10 Uhr im Zeichenlokal des Realschulens, Juppelstraße.
3. Bezirk (Berlin-Mitte). Bildungsausschuss Teil II, Neue Königstraße, 66: Besprechung.
4. Bezirk. Tele- und Bergemeinschaft abends 8 Uhr bei Schmidt, Vappell-Platz 64.
5. Charlottenburg. 1. Gruppe der 5. Abteilung Ertztragsabend bei Jotab, Galt-norstraße 7.
6. Städt. Bildungsausschuss. Sitzung bei Reichmar, Düppelstraße 12.

Donnerstag, 16. Juni

1. Verwaltungsbezirk (Tiergarten, 4. Bezirk). 7 1/2 Uhr Sitzung der Bildungsausschuss bei Wiemers, Bülowstr. 55. Sämtliche neugewählte Mitglieder müssen erscheinen.
2. Wilmersdorf-Nord. Abends 7 Uhr für die Orte der Bernauer Straße von Kitzow bis Bernau und die umliegenden Orte in Bernau bei Köhler, Kaiserstraße, Krenzberg. Gemeindevorstand und Vorstandsmitglieder müssen teilnehmen.

Bereinskalender

Dienstag, 14. Juni

Ev. Brod. Jugend (Gruppe Siedler). 7 Uhr Schule Wasserstraße 31. Zimmer 15: Mitgliederversammlung. Die Funktionäre eine Stunde früher.

Mittwoch, 15. Juni

Dritter Transportarbeiter-Verband. Abends 7 Uhr Betriebsrat Jentert, Wehlstraße 15: Betriebsrat, Coleste, Vertrauensleute und sonstige Funktionäre aus den Weingroßhandlungen, Lötter, Mineralwasser, Eßigfabriken, sowie Hotelbetrieben.

Geschäftliches

Die Ja. Haer Sohn, Schauffstraße 20-22, beginnt am Mittwoch, den 15. Juni, mit ihrem Saison-Ausverkauf.

Verantwortlich für Inhalt: Leo Dieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaft: Robert Heuel, Berlin; für den Interdienst u. gewerkschaftliche Mitteilungen: Ludwig Kometz, Karlsruhe. — Verlagsgesellschaft „Arbeit“, c. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C2, Breite Str. 89.

Wir danken Ihnen herzlich für den 29/30

Unser

Saison-Ausverkauf

beginnt Mittwoch, den 15. Juni.

Morgen werden unsere Ausverkaufspreise veröffentlicht.

Leinwand

Schlagert!

Damen braun echt Chevr. Schnür- und Spange... nur Mk. **125**

Damen schwarz echt Chevr. Spangenschuhe, elegante Form... nur Mk. **88**

Herrn braun Rindbov-Stiefel, moderne Form... nur Mk. **185**

Schuh-Engros-Lager Kaatz
Kein Laden! Münzstraße 10, I. Etage Kein Laden!

L'AUSE nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch **PFEIFFEROL**

Erhältlich in Apotheken und Drogerien, Apotheker Otto Pfeiffer & Pischler, Berlin N. 65, Schulstraße 16